Detailansicht des Registereintrags

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.

Aktuell seit 05.11.2026 12:36:27

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001487
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	05.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: BAG Wohnungslosenhilfe e. V. Waidmannsluster Damm 37 13509 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493028445370 E-Mail-Adressen: info@bagw.de Webseiten: https://www.bagw.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Susanne Hahmann**
   Funktion: Vorsitzende
2. **Daniela Keeß**
   Funktion: Stellvertretende Vorsitzende
3. **Lars Schäfer**
   Funktion: stellvertretender Vorsitzender
4. **Sabine Bösing**
   Funktion: Geschäftsführung
5. **Ferlings Stephanie**
   Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Angelika Hägele**
   Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Stefan Kunz**
   Funktion: Vorstandsmitglied
8. **Joachim Krauß**
   Funktion: Stellv. Geschäftsführung
9. **Heike Moerland**
   Funktion: Vorstandsmitglied
10. **Doreen Petri**
    Funktion: Vorstandsmitglied
11. **Greta Schabram**
    Funktion: Vorstandsmitglied
12. **Jörn Martin Scheuermann**
    Funktion: Vorstandsmitglied
13. **Heike Timmen**
    Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Sarah Lotties M.A.**
2. **Annika Maretzki M.A.**
3. **Martin Kositza**
4. **Paul Neupert**
5. **Lena Maria Milz M.A.**
6. **Marie-Sol Gersch M.A.**

7. **Sabine Bösing**
8. **Joachim Krauß**

Gesamtzahl der Mitglieder:
1.015 Mitglieder am 03.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):
1. FEANTSA
2. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
3. Nationale Armutskonferenz
4. Bündnis Istanbul-Konvention
5. Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit
6. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Kuratoriumsmitglied)
7. Bündniss "Wohnen ist Menschenrecht"
8. Netzwerk Mieten und Wohnen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Wohnungsnotfallhilfe

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Zum Zwecke der Interessenvertretung führt die BAG W Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes, der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Ziel dieser Gespräche ist es, über die soziale Lage von Menschen, die von Wohnungsnot und Armut betroffen sind, sowie über notwendige Hilfeangebote und präventive Maßnahmen zu informieren und darauf hinzuwirken, dass soziale Benachteiligung und Wohnungsnot abgebaut werden. Dabei setzt sich die BAG W insbesondere für die Teilhabe wohnungsloser Menschen an den Sozialen Wohnungsbauprogrammen von Bund, Ländern und Kommunen ein. Im Zuge dessen werden unter anderem parlamentarische Frühstücke und Veranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und an die zuständigen Stellen übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. **Sozialleistungen für wohnungslose Menschen am Aufenthaltsort sichern**

   Beschreibung:
   Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) setzen wir uns dafür ein, dass wohnungslose Menschen ihre Sozialleistungen weiterhin an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort beziehen können, wie es bislang in § 47 SGB I vorgesehen ist. Die BAG W spricht sich daher gegen eine Änderung dieser Regelung aus, da der Zugang zu existenzsichernden Leistungen für wohnungslose Menschen nur so verlässlich gewährleistet werden kann.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/1858 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (SGB VI-Anpassungsgesetz - SGB VI-AnpG)
   Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (SGB VI-Anpassungsgesetz - SGB VI-AnpG) (Vorgang)

   Betroffenes geltendes Recht:
   SGBAT [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2509180021** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 19.08.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. **Prävention in der Wohnungsnotfallhilfe stärken und Zugänge erleichtern**

   Beschreibung:
   Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) setzen wir uns dafür ein, Wohnungsnot in Deutschland wirksam zu überwinden. Ein zentrales Anliegen ist dabei die Stärkung präventiver und niedrigschwelliger Hilfsangebote wie Tagesaufenthalte, aufsuchende Sozialarbeit und flexible Beratungsstrukturen. Dafür braucht es geeignete

politische Rahmenbedingungen, verlässliche Förderstrukturen sowie erleichterte Zugänge zu Unterstützungsangeboten, um Wohnungslosigkeit frühzeitig zu verhindern und soziale Teilhabe zu sichern.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509180018** (PDF - 46 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.09.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Politische Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit stärken**

Beschreibung:
Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) setzen wir uns im Austausch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages dafür ein, geeignete politische Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in Deutschland zu stärken. Ziel ist es, über den aktuellen Stand von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot zu informieren, die Perspektive der Praxis einzubringen und Impulse für langfristig wirksame Maßnahmen zur Überwindung von Wohnungsnot zu geben.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

4. **Soziale Teilhabe im SGB II sichern und Wohnungslosigkeit vorbeugen**

Beschreibung:
Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) setzen wir uns dafür ein, dass Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, vor Ausgrenzung geschützt werden und ihre soziale Teilhabe gesichert wird. Die BAG W betrachtet den ausgrenzenden

Diskurs gegen leistungsberechtigte Menschen mit großer Sorge und hält ihn für verfehlt. Ein zentrales Anliegen ist dabei die Implementierung der Verhinderung und Beendigung von Wohnungslosigkeit als Querschnittsthema im Rechtskreis des SGB II.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2739 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512080021** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. **Arbeit und Qualifizierung für wohnungslose Menschen personenzentriert gestalten**

Beschreibung:
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe setzt sich für verbesserte politische Rahmenbedingungen im Bereich Arbeit und Qualifizierung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen ein. Ziel ist es, den Zugang zu Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsangeboten niedrigschwellig, flexibel und personenzentriert auszugestalten. Dabei spricht sich die BAG W insbesondere für verlässliche arbeitsmarktpolitische Instrumente, begleitende psychosoziale Unterstützung, individuelle Fallsteuerung sowie flankierende finanzielle Hilfen aus, um nachhaltige Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen. Die bestehenden Regelungen und Förderinstrumente im SGB II und SGB III sollen so weiterentwickelt werden, dass sie den besonderen Lebenslagen wohnungsloser Menschen besser gerecht werden.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601270008** (PDF - 23 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.01.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Rechte inter* und trans* wohnungsloser Menschen im Sozialrecht stärken**

Beschreibung:
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe setzt sich dafür ein, dass inter* und trans* Menschen, insbesondere in Wohnungslosigkeit oder Wohnungsnot, diskriminierungsfrei Zugang zu existenzsichernden Leistungen, Unterstützungsangeboten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhalten. Im Rahmen bestehender und künftiger Regelungsvorhaben spricht sich die BAG W dafür aus, strukturelle Benachteiligungen abzubauen und die besonderen Schutz- und Unterstützungsbedarfe dieser Personengruppen im Sozialrecht verbindlich zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2601270009** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.01.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Mieterschutz stärken und Wohnungsverluste verhindern**

Beschreibung:
Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) begrüßen wir insbesondere Regelungen zur Schonfristzahlung, zur Begrenzung von Indexmieten sowie zu Möblierungszuschlägen als wichtige Beiträge zur Prävention von Wohnungsverlusten. Zugleich fordern wir die Ausgestaltung der Schonfristregelung, die Begrenzung von Kurzzeitvermietung sowie die Anwendung der Mietpreisbremse. Ziel ist eine nachhaltige Stärkung des Mieterschutzes und die Vermeidung von Wohnungslosigkeit.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6807 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechts der Wohn- und Geschäftsraummiete

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Änderung des Rechts der Wohn- und Geschäftsraummiete (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2604230037** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **SG2611050007** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

8. **Diskriminierung von wohnungslosen Menschen wirksam bekämpfen und Rechtsschutz stärken**

Beschreibung:
Die BAG W setzt sich dafür ein, Diskriminierung von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen wirksam zu bekämpfen und bestehende Schutzlücken im Diskriminierungsschutz zu schließen. Ziel ist es, den Zugang zu existenzsichernden Leistungen, Wohnraum, Arbeit sowie öffentlichen und sozialen Angeboten diskriminierungsfrei zu gewährleisten und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Referentenentwurf:
Zweites Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 14.04.2026
1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu] (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604230036** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.04.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

9. **Gewaltschutz stärken und Wohnungslosigkeit gewaltbetroffener Frauen verhindern**

Beschreibung:
Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) setzen wir uns dafür ein, den Schutz gewaltbetroffener Menschen zu stärken und zu verhindern, dass sie infolge häuslicher Gewalt von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind. Wir begrüßen grundsätzlich die vorgesehenen Änderungen im Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verbesserung des Schutzes bei häuslicher Gewalt, insbesondere die Ansprüche auf Mitwirkung des Täters an der Entlassung aus dem gemeinsamen Mietverhältnis oder dessen Beendigung. Zugleich fordern wir Nachbesserungen, damit die gesetzlichen Ansprüche in der Praxis wirksam greifen.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verbesserung des Schutzes bei häuslicher Gewalt (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 05.10.2026
Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GewSchG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611040020** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 29.10.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

10. **Wohngeld als Instrument zur Verhinderung von Wohnungsverlusten stärken**

Beschreibung:
Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. setzen wir uns dafür ein, das Wohngeld als zentrales Instrument zur Prävention von Wohnungsverlusten und Wohnungslosigkeit zu erhalten. Die BAG W lehnt die im Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes vorgesehenen Leistungskürzungen, insbesondere die Aussetzung der Wohngeldfortschreibung, die dauerhafte Halbierung der Heizkostenkomponente sowie die Anpassung der Wohngeldformel zulasten der Leistungsberechtigten, entschieden ab. Aus Sicht der BAG W erhöhen diese Maßnahmen das Risiko von Mietschulden, Wohnungsverlusten. Die BAG W fordert, die vorgesehenen Kürzungen aus dem Gesetzentwurf zu streichen und das Wohngeld weiterhin als wirksames Instrument der Armutsbekämpfung zu berücksichtigen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8284 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WoGG [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]; Wohnungsnotfallhilfe

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 740.001 bis 750.000 Euro

Bundeszuwendung für das Haushaltsjahr 2024 aus Mitteln des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) als Projektförderung im Rahmen einer Anteilsfinanzierung.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
180.001 bis 190.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschluss-2024.pdf